

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.  
Postfachkonto Nr. 28 886. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau.  
Fernsprech-Anschluss: Hing Nr. 8337.

Freitag, den 9. September 1921

Anzeigenpreise: Die halbbillige Mittelzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnanzeigen, Familiennachrichten, Verlehn- und Verfallensangelegenheiten 0,40 Mk. Kleinanzeigen: Die Mittelzeile, halbbillig oder deren Raum im Text 2.- Mk.

## Für die Einheit des Weltproletariats, gegen das Bündnis der Sozialverräter!

Proletarier und Proletarierinnen! Die Internationale derer, die im Kriege der Bourgeoisie geholfen haben, das Proletariat den Interessen des völkermordenden Kapitalismus gegenüber zu machen, die Internationale derer, die nach dem Kriege als die wichtigste Stütze der Ausbeuter mit allen Mitteln, vom offenen Betrug bis zum Mordanschlag, dem Kapital geholfen haben, die Revolution unmöglich zu machen, wandte sich an die Zweieinhalb-Internationale, an die Internationale der Galben und der Feigen, an die Internationale derer, die nicht gewagt haben, gegen den Imperialismus zu kämpfen und, vor die Wahl zwischen der Revolution und Konterrevolution gestellt, nach langem Hin- und Herschwanken immer wieder auf die Seite der Konterrevolution traten, mit dem Vorschlag, ihre Reihen zu vereinigen. Die Folgen Spanier der Zweieinhalb-Internationale antworteten auf diesen Vorschlag mit der Erklärung, daß nur auf dem Boden des Klassenkampfes eine Einigung möglich sei, und fordern den Bruch mit der Politik der Koalition mit dem Bürgertum. Nach diesen folgen Redensarten erklärt sich aber die Zweieinhalb-Internationale kleinlaut bereit, mit den Kollegen der anderen Fraktion zusammenzukommen, um in einer Besprechung festzustellen, was sich machen läßt. Die Zweite Internationale läßt sich durch die Redensarten der Zentrumskräfte nicht bluffen. Der „Vorwärts“ erklärt, daß seine Partei

dem Proletariat zum Bewußtsein zu bringen, daß, wenn jene sich vereinigen, sie es tun gegen das revolutionäre Proletariat. Es genügt nicht, die Heuchelei und die Verräterei der Helben der Zweieinhalb- und der Zweiten Internationale zu geißeln. Vor allem muß man verstehen, warum gerade diese Propaganda der Einigung auftauchte. Die Ursachen dieser Erscheinung sind die folgenden:

Der Imperialismus hat seinen Sieg über das Weltproletariat im Jahre 1914 darum davongetragen, weil die Arbeiterklasse ihm gegenüber gespalten stand. Die Sozialdemokraten, die späteren Sozialverräter und die Unabhängigen haben die Arbeiterklasse gespalten, indem sie auf die Seite der Bourgeoisie übergetreten sind. Vor dem Kriege wurde schon dieser Verrat „geißelt“ vorbereitet. Als der Krieg kam, da schlugen sich die Scheidemänner, die Adler, die Renaudis und Sembats, die Staunings, die Hyndmans, die Wanderveldes, die Agelros, Tschaides, Plechanows auf Seiten „ihrer“ Bourgeoisie und schleppten sich mit großen Mengen betrüglicher Arbeiter. Das Weltproletariat stand da, gedemütigt, enttäuscht, betrogen, verraten und gespalten. Die Sozialverräter und die Unabhängigen wollten die Spaltung und sie haben sie vollzogen. Als im Jahre 1918 die Revolution in Deutschland, Österreich, Bulgarien angefangen hat, war bei den Proletariaten der Wille zur Einheit groß. Er hat sich am prägnantesten in den revolutionär entstandenen Arbeiterkassen ausgedrückt. Um die Bourgeoisie zu retten, haben die Sozialdemokraten und die Unabhängigen wiederum alles getan, um die Spaltung in die Reihen der Proletarier hineinzubringen und

### die Arbeiterkräfte auseinanderzujagen.

Die Arbeiterklasse wurde so um die Früchte der Revolution geprellt und die Bourgeoisie hat mit Hilfe der jetzigen Führer der 2. und 2½ Internationale noch einmal gefiegt. Das Proletariat blieb gespalten.

Fast drei Jahre sind verfloßen. Jahre der bitteren Not, des Elends, des Mordes der Arbeiterführer, der hartnäckigen, aber vom Sieg nicht gekrönten Kämpfe.

Das Proletariat steht sich geprellt. Das Proletariat sieht endlich ein, daß zum wirklichen Siege über die Bourgeoisie die Einheit im wirklich revolutionärem Kampfe der großen Massen

### notwendig ist.

Das Proletariat sehnt sich nach so viel revolutionärer Einheit. Das Proletariat lechzt förmlich nach einer großen, ernsten, einheitlichen, revolutionären Massenorganisation. Das Proletariat wünscht der Spaltung, die von den Sozialpatrioten und Unabhängigen angezettelt ist, ein Ende zu machen. In den tiefsten Tiefen der Arbeitermassen vollzieht sich dieser sehr wichtige gesunde Gärungsprozess. Das spüren die verräterischen Führer der 2. und 2½ Internationale. Sie wissen, die Verräter, wenn das Weltproletariat sich wirklich einigt, so sind sie samt ihren kapitalistischen Patronen verloren. Sie passen sich der neuen Situation an. Sie wollen auch das Einigungsbestreben in Wasser für ihre sozialpatriotische Mühle verwandeln. Sie wollen darum diesen Einigungsdrang anschnüren, sie explozieren geschickt die besten und edelsten Gefühle der Arbeiter. Sie wollen dieses Bestreben der Arbeiter zur Einigung für ihre unlauteeren Geschäfte, für ein unlauteeres Bündnis der sozialpatriotischen und unabhängigen Führer verwenden. Die Kosses und Wanderveldes, die Dittmanns und Renaudis als Propheten der Einigung des Proletariats, desjenigen Proletariats, das sie hundertmal verraten, verkauft und gespalten haben! Ein Bild für Götter!

Diesen Gammelsreich der Führer der 2. und 2½ Internationale müssen wir bloßstellen. Aber dabei nicht vergessen: die Parole der Einheit im Munde dieser Helben ist ein Symptom. Bei diesen Führern ist es ein unreines Geschäft. Bei den Massen der Arbeiter aber — ein gesundes Bestreben zur wirklichen Einheit des Proletariats. Das ist etwas Neues, was wir da sehen. Das muß man begreifen. Die Kommunisten müssen sich an die Spitze dieser Bewegung stellen.

Ihr Arbeiter, ihr wollt Einheit? Wir begrüßen euch. Vereinigt euch von unten zum Kampfe gegen die Bourgeoisie. Das sind unsere Kampfpunkte, das sind auch die euren. Kommt mit uns! Nur wir Kommunisten wollen die wirkliche Einheit der revolutionären Arbeitermassen. Es lebe die Einheit aller Arbeiter — aber gegen Kosses, gegen Scheidemann und Ebert, gegen Jonhans, Renaudis, gegen Kerner und Wandervelde, gegen die Dittmanns und anderen Helfershelfer der Bourgeoisie! Es ist die Aufgabe der kommunistischen Parteien aller Länder, mit aller Kraft, mit aller Entschiedenheit dafür zu sorgen,

daß die Arbeitermassen aller Länder sich unter der Führung der kommunistischen Parteien vereinigen zum Kampfe gegen die internationale Offensiv des Kapitals.

der Wiederherstellung des Kapitalismus auszubilden, daß sie sich vereinigen, um aus der Verteidigung ihrer Interessen gegen die niederbrütenden Tendenzen des Kapitalismus überzugehen zum Angriff gegen seine Herrschaft überhaupt, zum Kampfe um die Niederbringung des Kapitalismus und Aufrichtung der internationalen Räterepublik. Der Kampf um die Vereinigung aller Länder zur Abwehr gegen die Angriffe des Kapitalismus, der Kampf an der Spitze der vereinigten Arbeitermassen um ihre Befreiung, das ist unsere Aufgabe und sie erfüllen, werden wir die Arbeitermassen sammeln um die kommunistische Internationale, die einzige lebendige Internationale, die imstande ist, das Proletariat dem Einfluß der Bourgeoisie zu entreißen, die imstande ist, es zu verbrütern und als Macht der Bourgeoisie entgegenzustellen. Der ganze wie der halbe Reformismus bedeutet die Abhängigkeit der proletarischen Massen von ihrer nationalen Bourgeoisie in jedem Lande und von dem Kapitalismus in der ganzen Welt.

Nieder mit der Komödie der Kämpfe der Verräter aus der 2. und 2½ Internationale!

Nieder mit ihrer Einigung gegen den revolutionären Kampf des Proletariats!

Es lebe die kommunistische Internationale, der eiserne Heerbaum der Proletarier aller Länder!

Die Exekutive der kommunistischen Internationale.

## Die Verantwortung der Gewerkschaften.

Zum zweitenmal, seitdem der Novembersturm über Deutschland dahingebrochen ist, betreten die Gewerkschaften offen die politische Arena. Damals im November wagte das Proletariat nicht, ganze Arbeit zu machen, hatte es nicht die Kraft, die ganze Revolution zu vollbringen; und schon fühlte die Gegenrevolution tastend vor und brängte die Front der revolutionären Arbeitermassen zurück. Sie entwarf die Proletarier, um ihre eigenen Reihen aufzurufen, würgte die Arbeiterkräfte ab, nahm den Betriebsräten ihre karglichen Rechte, um den Lohnabbau und die wirtschaftliche Knebelung der Arbeiterschaft vorzubereiten. Damals schufen die Gewerkschaften dem Sieg der Konterrevolution die wirtschaftliche Grundlage durch den Abschluß der Arbeitsgemeinschaften, mit dem sie den Burgfrieden von 1914 erneuerten. Und kaum 18 Monate nach dem Siege der „glorreichen Revolution“ zogen die Lüttwits und Ehrhardt unter schwarz-weiß-roten Fahnen, mit Halbkreuz und klingendem Spiel in Berlin ein.

Eine gewaltige Erregung ergriff die arbeitenden Massen, die urplötzlich vor der elementaren Erkenntnis standen, daß die deutsche Republik sie nicht vorwärts führte zum Sozialismus, sondern zurück zur Herrschaft der Hohenzollern. In gewaltigen Kämpfen entlud sich der proletarische Zorn, und damals war es das erste mal, daß die Gewerkschaften offen in die politischen Kämpfe eintraten: sie stellten sich an die Spitze der riesenhaften Kampfbewegung — und die breiten Massen folgten ihnen.

Als die revolutionäre Bewegung immer höher anschwellte, als die Arbeitermassen Satantien verlangten gegen einen Sieg der monarchistischen Reaktion, vereinbarten sie mit der Regierung die berühmten 8 Punkte. Nur zu gern gab die Regierung die geforderten Versprechungen. Wenn erst der Generalstreik abgeblasen, das proletarische Massenheer demobilisiert war, gab es ja doch keine Macht, die sie zwingen konnte, ihre Versprechungen zu halten. Und die Regierung hielt sie nicht.

Im Gegenteil: auf noch viel breiterer Front, noch frecher und umfassender begann nach dem Kapp-Putsch der Aufmarsch der Konterrevolution. Und ihre Wörderbanden wuchsen schnell, ihre Raufen trafen gut, und die Arbeiter flohen zu Tausenden in die Keller. Immer fester schloß sich die weiße Front. Schon sah man den Laa herannahen, da die Scharen der preußisch-deutschen Schwarzen Hundert wieder durchs Brandwürger Lor einzogen, — da fielen die Schiffe auf Erzberger.

Wieder steht das arbeitende Volk vor der Erkenntnis, daß es getarrt worden ist, daß der Weg der Wirth-Regierung nicht zur Freiheit führt, sondern zu Ruhr und Lubendorff und zu Horthy-Deutschland. Wieder ergreift ein großer gewaltiger Zorn die proletarischen Massen, wiederum verlangen sie Sicherungen gegen die Reaktion. Und wiederum stellen sich die Gewerkschaften an die Spitze der riesenhaft anschwellenden Bewegung. Ganz wie damals ist der Herr Reichsminister natürlich sehr gern bereit, den Gewerkschaftsführern weitgehende Versprechungen zu machen.

Wir sind weit davon entfernt, den Gewerkschaften einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie in dieser Situation in die politische Bewegung eingetreten. Ja, obwohl unter der Parole: Hände weg von der Politik“ heraufgeführt wurde, die Kommunisten aus den Gewerkschaften hinarbeiten, erklären wir ihre Stellungnahme gegen die

gar nicht geneigt sei, auf die Koalition zu verzichten, aber man wisse es überhaupt nicht, inwieweit die Herren Ledebour, Adler ihr Gepolter gegen die Koalition mit dem Bürgertum ernst nehmen. Wenn sie im stillen Kämmerlein mit den offenen Sozialpatrioten zusammenkommen, so wird sich vielleicht zeigen, daß es sich nur um eine radikale Phrasenspiele handelt. Und die Männer des „Vorwärts“ sind tausendmal im Recht. Dieselben Friedrich Adler, Otto Bauer, die heute gegen die Koalition mit dem Bürgertum polemisieren, sie waren

erst gestern Mitglieder einer Regierung, zusammen mit der schmutzigsten christlich-sozialen Konterrevolution

in Oesterreich. Und die braven Dittmanns, die Ritter des Klassenkampfes ohne Furcht und Tadel, saßen sie denn nicht zusammen mit den Scheidemännern in einer Regierung, deren Kriegsminister der General Gröner, deren auswärtiger Minister der Herr v. Solf war, in einer Regierung, die nicht nur die Interessen des Kapitals verteidigte, sondern die das tat in einer Koalition mit „Führern“ als Vertreter des Bürgertums?

Mit Hohn und Spott fragen die Vertreter der Zweiten Internationale: Wie steht es denn mit der Diktatur des Proletariats, die die Zweieinhalb-Internationale in ihrem Programm aufgenommen hat? Diktatur des Proletariats auf dem Papier, und in der Praxis die Unterjochung der kapitalistischen Regierung in Deutschland, die der Schweifstreiber der Entente dem deutschen Proletariat gegenüber sein soll! Diktatur des Proletariats auf dem Papier, und in England der Verzicht der Herren von der Unabhängigen Arbeiterpartei auf jeden Kampf gegen die Gewerkschaftshierarchie, die den Streik der Bergarbeiter verurteilt hat! Diktatur des Proletariats auf dem Papier, und in der Praxis ein Verleumdungsfeldzug gegen den einzigen Staat, der gegen die Weltdiktatur des Weltkapitals angeht, gegen Sowjetrußland!

Der „Vorwärts“ hat tausendmal recht, wenn er sagt, daß es nur eine Phrase ist, die die Zweieinhalb-Internationale von der Zweiten trennt. Und diese Phrase wird zur nichtswürdigen Heuchelei, wenn man bedenkt, daß die Leute der Zweieinhalb-Internationale Hand in Hand mit denen der Zweiten auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale vereinigt, gegen die Verwandlung der Gewerkschaften aus der letzten Feindin der Bourgeoisie, was sie jetzt sind, in eine Erbschaft des Proletariats kämpfen.

Die Zweieinhalb-Internationale, die Internationale der revolutionären Phrase und der schmutzigen opportunistischen Politik, ist heute schon in der Tat einzig mit den schmutzigsten Gesellen des Reformismus ohne Phrase. Daran wird nichts geändert, wenn auch die schlauen Demagogen von der Art der Grimm, Bauer, Crispian, Laguerre und Wallhead es vorziehen werden, vorerst unter der eigenen Firma das Proletariat zu korrumpieren und zu entweren. Die Früchte fallen jedenfalls dem Kapitalismus zu. Das Kapital versteht es sehr oft in seiner geschäftlichen Praxis, dieselbe Arbeit durch zwei Firmen leisten zu lassen, ja, sogar heraufzuziehen der Erbschaft zu inszenieren, um nur das dumme, von ihnen geführte Publikum auf diese Weise besser betriegen und scheren zu können. Es ist Sache des Proletariats,

sich nicht durch diese Scheingefechte der kommunistischen Brüder betriegen zu lassen, sondern sie als eine Seele und als einen Leib zu behandeln.

Aber es genügt nicht, die Komödie der Streitereien der ganzen und halben Reformisten zu entlarven. Es genügt nicht,

Reaktion eine nicht nur für ein Recht, sondern für eine Pflicht der Gewerkschaften. Aber ihre Führer müssen sich bewusst sein, welche ungeheure Verantwortung sie damit vor dem deutschen und internationalen Proletariat übernehmen.

Die Gewerkschaften müssen — wenn sie politische Stellung nehmen — die Interessen aller Proletarier wahrnehmen, sie müssen proletarische Massenpolitik treiben. Die Niederwerfung der Reaktion ist ein solches Massenziel. Die Konterrevolution hat schon bald gefasst. Reichsmilitär, Schupo, Behörden hat sie durch Offiziere und höhere Beamte in ihrer Hand und vermag damit den Staat zu beherrschen. Sie hat noch nicht einmal — wie im Rapp-Butsch — den leichten Schlag erhalten, sie ist heute stärker denn je.

Die Regierung Wirth, die sich auf die Bajonette der monarchistisch geleiteten Truppen stützt, vermag — außer Worten — nichts dagegen zu tun. Das vermag nur die Arbeiterklasse. Die Willkoren Gewerkschaftsmitglieder können sich die nötigen Garantien erlassen, wenn sie wollen.

Die Arbeiterklasse steht ohnehin vor gewaltigen Kämpfen: gegen Steuerraub und Exzesse müssen sie sich zur Wehr setzen. Es soll sich entscheiden, ob die schlemmenden, prassenden Profitschinder oder die ausgehungerten Massen die Lasten des verlorenen Krieges tragen sollen. Gelingt es der Arbeiterklasse heute, so die Massen in Bewegung geraten sind, der Reaktion den Todesstoß zu versetzen, so sind diese Kämpfe schon halb entschieden zugunsten des Proletariats. Gelingt dies aber nicht, so werden sie ausgefochten werden müssen unter dem wehenden Banner der weißen Garde und dann: Wehe den Besiegten!

Die Wege liegen frei. Das Proletariat kann wählen. Die Gewerkschaften tragen die Verantwortung. Wollen sie, wie nach dem Rapp-Butsch, die Arbeiter wieder mit einem blühenden Papier beruhigen? Heute wird ihnen das nicht mehr gelingen. Papier hatten wir bereits genug in der Republik. Warum werfen die Gewerkschaften nicht ihre Macht in die Waagschale? Sie müssen die Kontrolle der bewaffneten Macht der Republik, die Kontrolle der Entlassung der weißen Banden durch die Arbeiterklasse fordern, ferner die Kontrolle der reaktionären Behörden durch die Betriebsräte. Verordnungen brauchen wir nicht, sondern ultimative Forderungen an die Regierung.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen sind eine unwiderstehliche Macht, wenn sie geeint zum Kampfe schreiten. Die Konterrevolution hat das Zeichen gegeben. Bei den Gewerkschaften liegt heute die Verantwortung, daß die Gegenrevolution in den Abgrund gestürzt wird, und daß die Arbeiterklasse steht.

# Politische Uebersicht.

## „Bayerens Kampf ums Dasein!“

Die bayerische Regierung lenkt kein Zurückweichen. Rücksichtslos geht sie aufs Ganze. Keine Kompromisse. Bisber ist sie in dem Ringen mit der Reichsregierung Sieger gewesen und wird es bleiben. Das Kabinett Rahr hat die beiden höchsten Telegramme des Herrn Grabnauer, betreffend das Verbot der „München-Augsburger Abendzeitung“ und die Vorgänge in Koburg, ohne der Reichsregierung eine Antwort zu erteilen, der bayerischen Presse übergeben. Die brave Reichsregierung wundert sich über diese Behandlung, die ihr aus München zuteil wird. Sie beharrt in einer offiziellen Erklärung noch einmal, daß sie am Himmelswillen nicht daran gedacht habe, in die „Hohheitsrechte“ Bayerns einzugreifen und auch keine Brüsterung des Saar-Landes beabsichtigt habe. Eine Zuspitzung der Lage, von der die bayerischen Zeitungen reden, ist nach Meinung der Reichsregierung lediglich auf die zu bedauernden Veröffentlichungen der Telegramme zurückzuführen.

Das Organ des Herrn Rahr, die „München-Augsburger Abendzeitung“ steht indes in ihrer Montagsausgabe fest, daß ihr ein Verbot bisher nicht zugegangen sei. Ermöglicht durch das schlappe Verhalten der Reichsregierung und durch das Patronat des Herrn Rahr spannt das Blatt die Seiten noch krasser und flabbiert über die angebliche Radikalisierung Bayerns, das zu einem Reichsboykott herabgedrückt werde und am Grabe seiner kulturellen Eigenart stehe, wenn die Verordnung des Reichspräsidenten in Bayern Gesetzkraft erhalte. Das Blatt schwingt sich schließlich zu folgenden Drohungen gegen die Reichsregierung auf:

Will man in Berlin Bayern von der Landkarte wegwischen?

Will man uns noch einmal dem Schreden einer Rächerherrschaft ausliefern?

Sie wandeln auf gefährlichen Wegen, Herr Reichskanzler!

Wir lehnen jeden Sozialismus ab. Das geht es uns das Reich. Wir lehnen auch im bayerischen Unabhängigkeitskampf, von dem übrigens kein Reich etwas merkt (!) und der weit größerer Widerstand bietet als Ober-Oberbayern, welche, was unter allen Umständen angesetzt erhalten werden mußte. Die Aufhebung des Unabhängigkeitskampfes in Bayern würde erzwungen werden und ist erzwungen worden. Heute aber kann daran nicht mehr gedacht werden. Durch die Verachtung vom 21. August ist die Aufhebung des bayerischen Unabhängigkeitskampfes unmöglich geworden, weil diese Verachtung die schon halb erlöschende revolutionäre Bewegung auf neue entzündet hat.

Nach diesen Angriffen auf das Reichskabinett folgt eine wahr Konsumkassette und die Beschleunigung der Revolution. Der Sinn dieser Scherzstücke liegt klar zu Tage. Die Reichsregierung muß unter allen Umständen in die Lage getrieben werden, sie muß eine Position nach der anderen preisgeben. Der Sieg Bayerns ist der unbedingte Sieg der Konterrevolution. Haben die bayerischen Republikaner, die Einheits- und Lebenshoffnung, ein so festes politisches Rückgrat wie Bayern, dann können sie gegen den wirtschaftlichen Kampf mit dem Proletariat aufgehen. Die Arbeiterklasse aber wird in ihrem Kampfe ums Brot und wie vor nicht um den Unternehmern in der Fabrik zum Gegner haben, sondern den Staat mit all seinen legalen und illegalen Einrichtungen.

# Die Republik gegen die Arbeiter!

Wenn am 31. August in ganz Deutschland viele Millionen Proletarier gegen die offene Konterrevolution, gegen die zwenndorfer und deutschnationalen Mörder demonstrieren, so galt ihre Kampfsparole sicher nicht nur einer politischen Kampfsparole, sondern der Reaktion auf politische und wirtschaftlichem Gebiet. Jeder Tag lehrt die Arbeiter aufs neue, daß diese beiden Gebiete nicht von einander zu trennen sind, und daß die eigentliche Trennungskluft nicht in dem Betreffend zur Republik oder zur Monarchie liegt, sondern zwischen Bourgeoisie und Proletariat besteht. Denn alle Unternehmer, ganz gleich, ob Demokrat oder Deutschnational, sind sich in der Bekämpfung und Niederhaltung der Arbeiterklasse immer einig.

Genau so ist es bei den der bürgerlichen Klasse entstammenden höheren Beamten. Die scheinbar so großen politischen Unterschiede verschwinden sofort, wenn es gegen die Arbeiterklasse oder gegen die unteren Beamten geht. Aus allen diesen Gründen ist es nur zu erklärlich, daß die Monarchisten immer noch den großen Einfluß in Verwaltung, Polizei und Reichswehr besitzen. Die Unternehmern und höheren Beamten, soweit sie den sogenannten republikanischen bürgerlichen Parteien angehören, denken gar nicht daran, sich ihrer treuesten Bundesgenossen im Kampfe gegen das Proletariat zu entziehen.

Diese längst bekannten Tatsachen werden durch die beiden folgenden Meldungen aufs neue bestätigt:

## Die Reichsdruckerei will Arbeiter hinauswerfen!

Am Freitag, den 2. September, fand im Hof der Reichsdruckerei eine Betriebsversammlung statt. Die Versammlung forderte nach dem von der SPD und USF. aufgestellten Forderungen, die sie durchaus ernst nahmen, die Entlassung der reaktionär denkenden Beamten in der Reichsdruckerei. Bekanntlich ist die Reichsdruckerei ein Eldorado für deutschnational gefärbte Beamte und Angestellte. Zum zweiten forderten die Versammelten die Gewährung einer Wirtschaftshilfe. Da die Verhandlungen zwischen den Verbänden nicht vom Platz kamen, wurde ein Ultimatum bis Sonnabend mittag gestellt. Das Ministerium erklärte, nichts unternehmen zu können. Die weiteren Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß am Sonnabend mittag führten zu keinem Ergebnis. Die Vertrauensmänner beschloßen am Montag, den 5. September,

ein Ultimatum bis zum 9. September,

mittags 12 Uhr, zu stellen. Verschärft wird die Situation durch die Haltung des Ministerialbeamten Ruhnert, der erklärte, die Arbeiterklasse würde auf einige Tage ausgesperrt, dann würden 3000 zur Entlassung kommen. Neue Verhandlungen finden am Mittwoch, den 7. September, statt. Es besteht nach Lage der Dinge durchaus die Möglichkeit, daß die Aussperrung und damit verbunden die Entlassung von 3000 Arbeitern verfügt wird. Und warum? Weil die Arbeiter unter allen Umständen daran festhalten, daß erstens die reaktionär gefärbten Angestellten entlassen werden und zweitens die Wirtschaftshilfe gezahlt wird.

Das sind die Auswirkungen des gegenwärtigen Kurzes in Deutschland!

## Schupo im Dienste der Berliner Holzindustriellen.

Die Berliner „Rote Fahne“ meldet: Seit ca. 5 Wochen sehen die Berliner Holzarbeiter im Streik. In einem äußerst hartnäckigen Kampf sind sie gezwungen, sich die Möglichkeit ihrer Existenz zu sichern. Es handelt sich um eine Arbeiterklasse, die seit Jahrzehnten gut organisiert und gewohnt ist, strenge Disziplin zu halten. Es ist daher auch noch nicht ein Fall gemeldet worden, in dem die Streikenden „Gewalttätigkeiten“ verübt hätten. Trotz diesem selbst für bürgerliche Begriffe ruhigen Verlauf eines Nischenstreiks von ca. 10 000 Arbeitern vergeht fast kein Tag, an dem die Schupo nicht zugunsten der Unternehmer eingegriffen hätte. Tagaus, tagein werden die Streikposten von den Schupo-Beamten belästigt und in der Ausübung des gesetzlich gewährtesten Konstitutionsrechtes gehindert. Der Kampf der Streikenden dreht sich hauptsächlich um die Verhinderung von Arbeitsunfällen durch Streikbrecher.

Eine ganz skandalöse und einseitige Stellungnahme ließ sich am Dienstag nachmittags die Schupo zuschreiben kommen. Das wird darüber folgende gemeldet:

Bei der Firma Freya, G. m. b. H., Wälschfabrik, Peterburger Str. 57, erschien am Dienstag, nachmittags 4 Uhr, ein Schupo mit 15 schwer bewaffneter Schupo-Beamten. Dem Antrag zu dem vollständigen Aufschub gab ein von der Firma geschickter Transport von Wälsch, die über den Berliner Hofhof nach Holland verschifft werden sollen. Es ist ja überaus bedauerlich, daß sich unter der Arbeiterklasse immer wieder einige Veräulter finden, die durch Inhabendie für den Unternehmer ihren Arbeitsplätzen in den Händen lassen, indem sie die Mittel zum Verkauf fertig machen und unter dem Schutze der Polizei den Transport bewerkstelligen.

Die 15 Schupo-Beamten sagten zu den Arbeitern, daß sie weiter nichts tun wollten, als die Straße freihalten. Während im Hof der Wälschfabrik schoben wurde, sammelten sich vor dem Tor der Fabrik aus dem gegenüberliegenden Straßenseit ein Anzahl Arbeiter an. Unter diesen Umständen wagte sich die Polizei nicht auf die Straße heraus. Da erschien plötzlich ein gewisser Mann mit 10 Schupo-Beamten mit Karabinern bewaffnet. Zwischen beiden Toren der Schupo sah man der Wälschfabrik heraus und durch die Peterburger und Elbinger Straße nach dem Hofhof. Die beiden Streikposten und ein Arbeiter, die eine Zeitung hielten

wurden plötzlich von ein paar Schupo verhaftet und per Wagen nach der Kasse in der Schupostraße gebracht. Die Erregung unter der Arbeiterklasse über den Vorgang ist eine enorme.

Wir haben nur die Frage: ist der sozialdemokratische Parteipräsident Herr Richter mit dem Vorgehen der Polizei einverstanden? Hält er es für richtig, daß in einer Stadt wie Berlin, in der fast 1/2 der Bevölkerung sozialistisch gefärbt ist, die Schupo so leichtfertig im Interesse einer reaktionären Minderheit verfährt? Oder hat er nicht die Kraft und die nötige Verantwortlichkeit, mit der reaktionären Minderheit und der Schupo umzugehen?

Das liegt die Frage, wie am vorgeschriebenen Mittwoch für die Republik anmarschieren soll, zu diesem Zweck des sozialdemokratischen Parteipräsidenten Richter?

## Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Arbeitern.

Am Freitag, den 6. September, fand ein Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Arbeitern statt. Die Sozialisten wurden zum

Verlassen ihres Versammlungsortes gezwungen, und nachdem sie in ein Café geflüchtet waren, ihre Herausgabe vom Besitzer verlangt, während eine große Menschenmenge das Café belagerte. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Kriegsverlester durch Messerschläge verletzt. Erst nach Teilnahme einiger Stahlhelmlente, die sich zur Wehr gesetzt hatten, zerstreuten sich die beiden feindlichen Parteien.

## Wie die Oberverordnung angewandt wird.

Salle, 6. September.

Hier wurden etwa zwanzig Kommunisten und einige Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins wegen Beteiligung an der Störung des Stiftungsfestes des Gellwiker Kreisvereins verhaftet. Sie werden des Landfriedensbruchs beschuldigt.

Statt der Veranstalter des monarchistischen Festes werden die Arbeiter verhaftet und verurteilt, die den Monarchisten das Handwerk legen. Haben wir zurecht gesagt, als wir die Arbeiter warnten, daß die Oberverordnung gegen sie ihre Spitze lehren werde?

## Reichskanzler und Großkapital.

Die Rede des Reichskanzlers im Berliner Stadthaus hat dem Vorsitzenden des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Dr. Nieber, Veranlassung gegeben, im Namen des Großkapitals bei dem Reichskanzler Dr. Wirth anzufragen, ob die Angriffe des Reichskanzlers gegen das Großkapital nach dem Bericht des „Berliner Lokal-Anzeigers“ stimmten. Der Reichskanzler hat sofort folgendes Schreiben an den Repräsentanten der Großbanken gerichtet:

Berlin, den 5. September 1921.

Der Reichskanzler.

Hochzuverehrender Herr Geheimrat!

Gern befüllige ich Ihnen den Empfang Ihres wertigen Schreibens vom 5. d. M. Ich bin gern bereit, Ihren Anregungen entsprechend, meine Stellungnahme, wie sie in der Versammlung erfolgt ist, mitzuteilen. Angriffe gegen das Großkapital sind meinerseits überhaupt nicht erfolgt, da ich von Großkapital überhaupt nicht gesprochen habe. Es ist somit der Gedanke hinfällig, als ob führende Banken und Bankhäuser Deutschlands durch meine Ausführungen hätten bedrängt werden können. Ich sprach vielmehr von einer Epoche des Hochkapitalismus, der sich im letzten Jahrzehnt der letzten Wochen und Monate geäußert hat und zeigte an der Spekulationswut, wieweit die Spekulation von dem Gedanken der Gemeinshaft und des Vaterlandes sich fernhält. Dabei habe ich, soweit ich mich erinnere, einen Satz angedeutet, der wörtlich vor einigen Tagen im „Berliner Tageblatt“ bei Besprechung der Börse sich vorgefunden hat, wobei auf den ungeheuren Egoismus der Devisenbesitzer hingewiesen war.

Meine Ausführungen sind in völlig freier Rede erfolgt. Ein Stenogramm wie im Parlament lag mir nicht vor. Damit glaube ich Ihre Anfrage genügend beantwortet zu haben und verbleibe mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Wirth.

Die Hochfinanz hat diese Verbeugung mit Genugtuung zur Kenntnis genommen und in einem Antwortschreiben festgestellt, daß die Banken und Bankhäuser Deutschlands die uneigennützigsten Institute sind, die neben den Säuglingsheimen existieren.

Wir sind begierig, zu erfahren, wie sich die Zentrumsarbeiter zu dieser neuen Schwertung ihres Parteigenossen stellen werden. Ist es doch kein Geheimnis, daß unter den Zentrumsarbeitern durch die letzten politischen Ereignisse die antikapitalistischen Strömungen sehr stark zugenommen haben.

Der Brief des Reichskanzlers ist symptomatisch für die Politik der republikanischen Regierung. Da sich der Reichskanzler für das Großkapital erklärt hat, muß er notwendigerweise gegen die Arbeiter regieren.

## Verhandlungen über Zeitungsverbote.

Berlin, 6. September.

Am Freitag, den 9. September, nachmittags 4 Uhr, tritt der auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. August gebildete Reichsratsausschuß zusammen, um über die vorliegenden Beschwerden der verbotenen Zeitungen zu beschließen. Die answärts erscheinenden Zeitungen sind zu dem Termin geladen.

## Kommunistische Versammlungen in geschlossenem Raum verboten.

Wie die Reichskanzlerverordnung gegen die Reaktion praktisch gegen die Kommunisten angewandt wird, zeigt folgendes Schreiben, das dem Ortsvorsitzenden der KPD. zugesandt wurde:

Der Landrat.

Hamburg, den 2. September 1921.

1.

Sofort!

Auf Grund des § 4 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 21. August 1921 unterlage ich hiermit die für Sonntag, den 4. d. Mts., in Hamburg geplante öffentliche Volksversammlung, da zu befürchten steht, daß durch diese Versammlung die öffentliche Ruhe und Ordnung in erheblichem Maße gestört werden könnte.

Gegen dieses Verbot steht Ihnen die Beschwerde an den Herrn Regierungspräsidenten in Cassel zu.

(Unterschrift unleserlich.)

Die Versammlung sollte in einem geschlossenen Raum stattfinden. Der Herr Landrat hat es nicht für nötig befunden, sein Verbot irgendwie zu begründen. Die Regierungsverordnung sollte doch nach einer Klärung der Regierung ausschließlich gegen die Monarchisten gerichtet sein?

## Beschärkung des Geheimen Schießens.

Der Geheimste Schießens im Innern, der den Polizeibeamten das Recht auf Leben und Tod der Verhafteten verleiht, ist noch immer nicht aufgehoben. Statt dessen ist jetzt eine Verschärfung der Bestimmungen erlassen worden hinsichtlich des Schießens in geschlossenen Räumen. Die Verschärfung, daß zur Verhinderung von Mordversuchen innerhalb von Gefängnissen und auf Sammelplätzen von der Waffe nicht Gebrauch gemacht werden darf, ist aufgehoben worden. Statt des früher vorgeschriebenen Schießens genügt jetzt ein einmaliger Aufschlag. „Halt, Schußbeamter!“ Es kann auch gleich geschossen werden und sogar die Polizeibeamten sollen gleich dem Grenzschutzkommando das Schießrecht zum Waffengebrauch haben. Die Beamten der Republik haben mehr Schießfreiheit auf das Schießfeld als in den Zeiten der Monarchie. Köste kann triumphieren!

# Gewerkschaftliches.

## Zur Lohnbewegung in der Metallindustrie.

Vor einigen Monaten tobte ein heftiger Kampf in der Presse über die Frage des Lohnabbaus. Die Unternehmerverbände, gestützt auf den zeitweiligen Stillstand der Lebensmittelpreise, sowie der vorübergehenden minimalen Senkung der Preise für Bedarfsgegenstände in der ersten Hälfte dieses Jahres, erließen offene und geheime Rundschreiben an ihre Mitglieder mit der Aufforderung, seine weiteren Lohn-erhöhungen zurückzuführen, und im Gegenzug die Löhne herabzusetzen. Die Arbeitgeber, wachsam und unversöhnlich, versuchten, diese in die Praxis umzusetzen, stießen auf den heftigen Widerstand der „Gewerkschaftsführer“ sich gegenüber diesem Plan der Unternehmer passiv verhielten, oder ihn sogar indirekt unterstützten; es sei hier nur an die Arbeitervereine in Hamburg usw. erinnert. Die seit Juni erneut herangebrochene Teuerungswelle begünstigt das Vorhaben der Unternehmer, indem sie nunmehr den Lohnabbau indirekt, also ohne direkten Lohnabbau vornehmen können.

Ein praktisches Beispiel hierfür bietet die Lohnbewegung in der Berliner Metallindustrie. Seit November 1920 blieben die Löhne in der Berliner Metallindustrie unverändert. Der Versuch, im Frühjahr d. J. eine Lohnherabsetzung auf dem Verhandlungswege durchzusetzen, scheiterte an der Haltung der Unternehmer, die selbst die vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin zugewiesene Niederzulage ablehnten. Die nunmehr nach mehreren Verhandlungen und zweimaliger Urabstimmung in den Betrieben zustande gekommene Erhöhung der Tarif- und Akkordlöhne bringt nur einen teilweisen Ausgleich für die in den letzten Monaten eingetretene und bis zum Ablauf der Lohnvereinbarung mit Bestimmtheit zu erwartende Teuerung. Selbst im günstigsten Falle, d. h. wenn die Teuerung in den Monaten September bis Oktober nicht schärfer ansteigt, wie in den Monaten Juni bis August, werden durch die Lohnherabsetzung nur 20 bis höchstens 50 Prozent der Teuerung ausgeglichen. Also praktisch steht die Sache so aus,

daß die Arbeiter und Arbeiterinnen trotz „Lohnerhöhung“ 50 bis 80 Prozent der Teuerung selbst tragen müssen,

trotz ihrer schon bisher mehr als karglichen Löhne. Am schlimmsten kommen hierbei die jugendlichen und weiblichen Arbeiter bzw. Arbeiterinnen weg, deren Lohn sich dadurch relativ noch mehr verschlechtert. Somit gelingt es den Unternehmern, trotz Erhöhung des Nominallohnes den Reallohn abzubauen; die Arbeiter mit einer scheinbaren Lohnherabsetzung zu täuschen und abzufertigen. Das bedeutet eine weitere Verelendung der an und für sich schon mit Not und Elend kämpfenden Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen.

Mit der gegenwärtigen Gewerkschaftstaktik ist ein anderes Ergebnis kaum zu erzielen. Darum fordern wir Kommunisten die Aenderung dieser Taktik, ihre Anpassung an die durch Weltkrieg und Revolution vollständig veränderten ökonomischen Bedingungen. Manchmal scheint es so, als ob auch bei den Anführern die Erkenntnis aufblüht, daß es mit der bisherigen gewerkschaftlichen Taktik nicht mehr weiter gehe. Doch über solche Worte und Deklamationen zur Beruhigung der mit den Gewerkschaften unzufriedenen Arbeiter sind diese Leute noch nicht hinausgekommen. So schreibt z. B. die „Metallarbeiter-Zeitung“ in Nr. 36 vom 3. September folgendes:

„Eine Epoche der Konzentration des Kapitals durchleben wir jetzt. Die Unternehmungen der Metallindustrie waren in der Hauptsache die Objekte der Fusionen und Verschmelzungen.“ Wieder auf Grund wurde getreten, um die riesenhaften Pyramiden der vertikalen Trusts entstehen zu lassen. Diese Periode scheint noch keineswegs abgeschlossen zu sein, denn schon meldet man Fusionspläne, die Vereinerung von Phönix, Rheinthal und Gutehoffnungshütte zum Ziel haben. Entspricht diese Meldung den Tatsachen, dann ist ein neuer Koloss entstanden, welcher von der Urproduktion ausgehend ungeheure Gebiete der Produktion beherrscht und gewaltige Kapitalmassen kontrolliert. Das Ende dieser Entwicklung ist also keineswegs voranzuführen. Aber eins ist schon klar erkennbar: Der natürliche Gegner des Verbandes, die Unternehmungen in der Metallindustrie, ist ein anderer geworden. Der Einzelunternehmer hat als Wirtschaftsfaktor ausgefallen. An Stelle der vielen Unternehmungen sind an die 20 Konzerne getreten, die noch untereinander durch die mannigfaltigsten Fäden und vor allem durch die gewerkschaftlichen Kampfverbände der Unternehmer, die Arbeitgeberverbände verbunden sind. So steht die Situation aus! Es heße Eulen nach Athen tragen, hier noch einmal auszuführen, welche Konsequenzen für unsere Organisation daraus gezogen werden müssen...

Leider ist von den Konsequenzen, die sich aus dieser Tatsache ergeben, beim Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes nichts zu merken. Die Bewegungen in Berlin, in den Werkstätten, sowie anderwärts, die zu einer einheitlichen mächtigen Aktion der deutschen Metallarbeiter, in Verbindung mit anderen ebenfalls vor dem Kampfe stehenden Industrie-erzweigen zusammengefaßt werden müßte, wurden einzeln abgewehrt und somit einer einheitlichen Aktion das Rückgrat gebrochen. In derselben Nummer der „M.Z.“ heißt es u. a.:

„Der kommende Verbandstag tagt in einer Zeit der Hochkonjunktur gewerkschaftlicher Kämpfe. Die Teuerungswelle steigt immer höher und höher, immer tiefer wird die materielle Existenz der arbeitenden Klasse gedrückt. Fast alle Tarifverträge sind gekündigt, Zehntausende von Verbandsmitgliedern stehen bereits im Streik. Die Finanzen des Verbandes sind in harter Weise in Anspruch genommen. Doch noch stehen wir in dem Augenblick, wo diese Zeiten geschrieben werden, erst am Anfang der Entwicklung. Die am wirtschaftlichen Horizont sich aufzuräumenden Gewitterwolken zeigen erst die kommenden Stürme an. Zur Zeit des Verbandstages wird man schon etwas genauer die Gesichtspunkte überlegen können. Diese Situation wird eine leichtere Annahme des Vorschlages des Vorstandes auf Erhöhung der Beiträge bewirken. Die Beiträge müssen bestimmt um mindestens 1 M. pro Woche erhöht werden, soll der Verband nicht in den Stürmen des Kampfes zusammenbrechen.“

Also Beitragserhöhung ist der Wahrheit letzter Schluss, damit die einzelnen zerstückelten Kämpfe, die sich lange Zeit hingezogen, finanziert werden können. So verhalten sich die Kollegen in den langwierigen Kämpfen einzelner Orte und Bezirke, ohne daß die Hauptgruppen in den Kampf geführt werden.

Der zusammengetretene Verbandstag der Metallarbeiter wird sich mit der Lohnbewegung im Reich ernsthaft zu befassen haben. Aus der Erkenntnis der Tatsache, daß die Gewerkschaften mit ihren heutigen Kampfmethoden, ihrer prinzipiellen sowie taktischen Einseitigkeit in den sozialen Kämpfen der Gegenwart und Zukunft ihre ureigenste Aufgabe, Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nicht erfüllen, ja selbst eine weitere Verelendung der Arbeiterklasse nicht verhindern können, muß von jedem, der es mit der Arbeiterklasse ernstlich meint, der Schluss gezogen werden, daß die Gewerkschaften, der D.M.V., nicht nur in Worten, sondern in der Tat die Kampfaktive ändert, indem die Kräfte zusammengefaßt in einheitlicher geschlossener Front dem Unternehmertum gegenübergestellt werden.

## Betriebsratkonferenz Borna i. Sachsen.

Am Sonntag, den 4. September, fand im Schweizerhaus, Borna, eine Betriebsratkonferenz der Bornaer Arbeiter statt. Sie beschäftigte sich mit den Lohnverhandlungen. Nach längerer Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Gebrängt durch die ergebnislosen Lohnverhandlungen, können die Betriebsräte der Bergarbeiter des Bornaer Reviers sich nicht des schwersten Unwillens gegenüber dem Verhandlungsführer ihrer Gewerkschaft enthalten. Sie hätten erwartet, daß zum mindesten eine klare, unabweisliche Berücksichtigung erfolgen müßte, um der überhandnehmenden Unruhe im Revier steuern zu können. Das gänzlich ohne Nachrichten wird von den Betriebsräten des Bornaer Reviers, welche doch in erster Linie die enge Fühlung mit den Massen haben, als Mißachtung empfunden. Wir fordern, daß auf dem allersehnlichsten Wege der heutige Stand der Lohnverhandlungen schriftlich an den Grupperrat hier abgesandt wird.“

Weiter verlangen wir, daß in kürzester Frist eine Konferenz der Betriebsräte und der Vertrauensleute in Mittelsdeutschland einberufen wird. Dort werden wir im Auftrag der Massen-Stellung bezuziehen, ob und auf welcher Grundlage man in Zukunft mit denjenigen Führern der Gewerkschaften, welche in der heutigen, von schwersten Kämpfen schwangeren Zeit die Masse nicht genügend aufklären, verhandeln will.“

Wir betonen, daß durch die Handlungsweise der Verhandlungsführer der gute Ruf der Gewerkschaften im Bornaer Revier einen tiefen Miß bekommen hat, welcher letzten Endes nur durch doppelt schnelle und doppelt kraftvolle Maßnahmen gutgemacht werden kann.“

Schließlich fordern die Betriebsräte die endliche Durchführung der 10 Punkte des D.M.V.“

## Beendigung des Halleischen Metallarbeiterstreits.

Halle, 7. September.  
Die gestern unter der Arbeiterschaft erfolgte Abstimmung ergab 1891 Stimmen für Annahme und 1356 Stimmen für Ablehnung des Schiedsspruches. Damit ist der mit großer Erbitterung geführte Kampf beendet. Die Arbeit wird heute, Mittwochmorgen, wieder aufgenommen.

# Ausland.

## Die Komödie der Völkervereinigung.

Mit der Wahl des Präsidenten der Völkervereinigung nahmen die Verhandlungen in Genf gestern ihren Anfang. Und schon bei diesem Punkte kam es hinter den Kulissen zu erregten Auseinandersetzungen. Die Engländer hatten nämlich den Holländer Van Karnebeek als Kandidaten aufgestellt, der den Franzosen nicht genehm war. So ließen sie als Kandidaten von den Rumänen Da Cunha, den Vertreter Brasiliens, vorschlagen, der auch Mitglied der Vierer-Kommission ist, die zur Prüfung der obersten Frage eingesetzt wurde. Van Karnebeek wurde mit Mehrheit gewählt. Hierauf fanden langwierige Debatten über die Zusammensetzung der Ausschüsse statt. Eine lange Aussprache drehte sich um die Frage, ob der Bericht des Generalsekretärs in vollem Plenum diskutiert werden oder vorher einer Kommission zugewiesen werden solle. Der belgische und vor allem der englische Vertreter Lord Robert Cecil traten für die Vorführung einer politischen Debatte im Plenum ein. So blieb der andere Antrag in der Minderheit. Eine Anzahl amerikanischer Staaten hatte bis jetzt noch keine Delegation nach Genf geschickt, wie Argentinien, Panama, Peru u. a. m. Angeblich soll auch Chile nicht mitmachen wollen, um sich wie Argentinien vom Völkervereinigung zurückziehen. Die Gesellschaft, die da in Genf sich zusammengefunden, wird eben durch ebenso viele widerstrebende Interessen bewegt, als Mitglieder dort anwesend sind.

## Der französische Militarismus gegen Sowjetrußland.

„Dynamite“ macht neue Mitteilungen über die militärischen Vorbereitungen der französischen Regierung, die gegen Sowjetrußland gerichtet sind. In Warschau ist eine französische Militärmission, die nicht weniger als 100 Offiziere umfaßt. Diese Herren vertreiben sich ihre Zeit damit, daß sie einen Operationsplan gegen Sowjetrußland entwerfen. Inzwischen rüftet die französische Kriegsindustrie siebereif. So hat die Fabrik Debovelli in Jory kürzlich eine Bestellung auf 6000 Granaten erhalten. Das Arsenal von Tarbes hat einen Auftrag über 1000 Maschinengewehre und 200000 Granaten erhalten. Die Fabrik Sulcoualy in Levallois-Perret stellt mit Anspannung aller Kräfte Flugzeuge her. Die Arbeitszeit ist auf 10-15 Stunden verlängert. Ähnliche Nachrichten laufen aus den sonstigen Zentren der französischen Kriegsindustrie ein.

Das französische Proletariat erkennt aber die Gefahr, die das Großkapital erneut der Sowjetrepublik bereitet. Unter Führung der Kommunisten nimmt die französische Arbeiterschaft den Kampf gegen die neuen Kriegspläne auf. Zunächst finden große Massenversammlungen zugunsten der Hilfeleistung für Sowjetrußland und gegen die Kriegspläne des Herrn Briand statt. In der französischen Arbeiterschaft mehren sich die Stimmen, welche die Verweigerung der Herstellung von Kriegsmaterial empfehlen. Aber ebenso wie das französische muß auch das Proletariat der anderen Länder, speziell Deutschlands auf dem Posten sein, um die dunklen Pläne der weißen Internationale gegen Sowjetrußland zu durchkreuzen.

Kumantische „Entdeckungen“. Habas meldet aus Bulareff: Die rumänische Polizei hat im Bezirk Dender in Besarabien eine Niederlage von Waffen und Explosivstoffen entdeckt. „Man glaubt“ an ein bolschewistisches Komplott zur Herbeiführung von Unruhen. Mehrere Personen wurden verhaftet, darunter ein kommunistischer Agent, der kürzlich von Moskau angekommen „sein soll“.

## Zulassung der Arbeitslosenfrage in England.

Trotzdem der große Bergarbeiterstreit in England von der Gewerkschaftsbürokratie abgewürgt worden ist, gelingt es dem englischen Kapitalismus nicht, aus der Krise herauszukommen. Die letzte amtliche Ziffer der Erwerbslosen Großbritannien's ist 1.640.000. Außerlich würde dies eine Besserung der Verhältnisse andeuten gegenüber dem Juni, der 2.177.000 Erwerbslose zählte. Aber der Rückgang erklärt sich im wesentlichen daraus, daß viele Tausende von Arbeitslosen keine staatliche Unterstützung mehr beziehen, weil die Unterstützungsfrist abgelaufen ist.

## Vor neuen Schritten in Italien.

In den Werften steht die Lohnherabsetzung seitens der Unternehmer mit aller Macht ein. Die Arbeiter haben die Mitteilung erhalten, daß ihre Löhne um 20-50 Prozent reduziert werden. Von den Beamten soll ein Drittel des ganzen Personals entlassen werden. Ueberstunden werden nicht mehr honoriert.

Die Arbeiter und Beamten organisieren den Widerstand gegen die Durchführung der geplanten Entlassungen und Lohnherabsetzungen.

## Die vier Tage des Jean Gourdon.

5] Von Emile Zola.

II.

S o m m e r.

Als ich an jenem Tag um drei Uhr morgens erwachte, lag ich, von Müdigkeit zerbrochen, schweißbedeckten Antlitzes auf harter Erde. Eine heiße und schwere Juli-Nacht lastete auf meiner Brust.

Ringsum schiefen in ihre Mäntel gewickelt meiner Kameraden; sie bildete schwarze Flecke auf der grauen Erde, und die dunkle Ebene leuchtete; mir schien, als hörte ich die tiefen Atemzüge einer schlafenden Menge. Fernes Geräusch, Pferdegeweiher und Wassergeläut zitterten durch die Stille.

Gegen Mitternacht hatte die Armees halt gemacht, und wir hatten den Befehl erhalten, uns niederzulegen und zu schlafen. Seit drei Tagen marschierten wir durch glühendes Sonnenbrand und blendenden Staub. Endlich kam der Feind vor uns, dort auf den Höhen am Horizont. Bei Tagesgrauen sollte die Entscheidungsschlacht geliefert werden.

Ich war niedergeschlagen. Drei Stunden hatte ich wie zerstückt am Boden und ohne Traum dagelegen. Ich war zu müde, das hatte mich nicht schlafen lassen. Jetzt lag ich mit weit geöffneten Augen auf dem Rücken und träumte; ich starrte zum nächtlichen Himmel empor und dachte an die Schlacht, an das Rufen, darüber die Sonne aufgehen sollte. Seit mehr als sechs Jahren sagte ich bei jedem ersten Schuß eines jeden Gefechts meinen Lieben Lebewohl: Babet und Daniel Lazare. Und nun sollte ich ihnen kaum einen Monat vor der Entlassung noch einmal Lebewohl sagen und diesmal vielleicht für immer!

Dann beruhigten sich meine Gedanken. Mit geschlossenen Augen sah ich Babet und meinen Daniel Lazare vor mir. Wie lange war es her, daß ich sie zum letztenmal umarmt hatte! Ich gedachte meines Abchiedsgesanges; mein Daniel hatte über keine Antwort gegeben, daß er mich so gehen lassen würde, und Babet hatte am Abend geschworen, auf mich zu warten und nur mich zu lieben. Meinen Lebewohl in Gegenwart, meine Freunde in Dorngras, alles hatte ich verlassen müssen. Mit großen Schritten kamen ein paar Briefe; man hatte mich immer noch lieb, und das Glück erwartete mich in meinem ge-

liebten Tale. Und ich, ich ging ins Gefecht und ließ mich töten.

Ich stellte mir meine Heimkehr vor. Ich sah meinen armen alten Onkel auf der Schwelle des Pfarrhauses, er streckte mir seine alternden Arme entgegen; und hinter ihm stand, über und über rot, Babet und lächelte unter Tränen. Ich stürzte in ihre Arme, und ich küßte sie kummelnd... Ein Trommelwirbel führte mich plötzlich in die rauhe Wirklichkeit zurück. Es hämmerte, die graue Ebene erstreckte sich langhin im Morgennebel. Der Boden wurde lebendig, verschwommene Gestalten sprangen ringsum auf. Ein wachsender Lärm erfüllte die Luft; Trompetensignale; Pferdegalopp, dumpfes Rauschen der Kanonen und Kommandorufe. Mitten in meine rätselhaften Träume redete sich drohend der Krieg.

Langsam erhob ich mich; mir war, als seien alle meine Knochen zerbrochen, als zerspringe mein Schädel. In aller Eile sammelte ich meine Leute; ich war inzwischen Sergeant geworden. Wir erhielten bald den Befehl, uns nach links zu entwickeln und einen kleinen Hügel zu besetzen, der die Ebene beherrschte.

Grabe als wir abmarschieren wollten, kam der Bogenmeister gelaufen und rief:

„Ein Brief für den Sergeant Gourdon!“ Und er gab mir einen zerstückten und beschmutzten Brief, der sich vielleicht schon acht Tage in den Leberweiden der Feldpost herumgetrieben hatte. Ich erkannte gerade noch die Schrift meines Onkels Lazare.

„Vorwärts, marsch!“ rief der Führer.

Ich mußte fort. Einige Sekunden lang hielt ich meinen armen Brief in der Hand und verließ ihn mit den Augen. Er verbrannte mir die Finger, alles in der Welt hätte ich daran gesetzt, mich hinzusetzen, mich nach Verzeihung auszuweinen und meinen Brief lesen zu dürfen. So mußte ich ihn unter meinen Waffentod auf mein Herz legen.

Niemals habe ich solche Angst empfunden.

Um mich zu töten, wiederholte ich mir immer, was mein Onkel Lazare so oft zu mir gesagt hatte: Ich würde im Sommer meines Lebens, in der Stunde heißen Kampfes, tapfer kämpfen; ich meine Pflicht erfüllen, wollte ich einen friedlichen Tod mit reicher Frucht haben. Aber diese Betrachtungen setzten meine Verzweiflung nur; dieser Brief, der eben noch Glück beschreiben hatte, brannte auf meinem Herzen, daß ich gegen

den Wahnsinn des Krieges empörte. Und ich konnte ihn nicht einmal lesen! Vielleicht würde ich sterben, ohne jemals zu erfahren, was er enthielt, ohne zum letztenmal die guten Worte meines Onkel Lazare zu hören.

Wir waren auf dem Hügel angekommen. Wir wollten dort den Befehl zu weiterem Vorgehen abwarten. Das Schlachtfeld war ausgezeichnet gewählt, um sich gegenseitig zu erwürgen. Die ungeheure Ebene erstreckte sich auf mehrere Meilen ganz nackt, ohne Baum oder Haus. Nur vereinzelte Felsen und Gebüsche bildeten spärliche Flecke auf dem weissen Boden. Niemals wieder habe ich solch ein Land gesehen, ein solches Meer von Staub: hier und da war der freidige Boden zertrüben und zeigte seine braunen Eingeweide. Und niemals wieder habe ich solchen Himmel von so heiser Klarheit gesehen, niemals solch schönen glühenden Julitag; schon um acht Uhr morgens verjagte die brennende Sonne unsere Gesichter. O wunderbarer Morgen — und welch öde Fläche, zum Töten und Sterben!

Schon lange ertönte das Kleingewehrfeuer, mit trodenen, unregelmäßigen Stößen und dazwischen die erste Stimme der Kanonen. Die Feinde, Oesterreicher in hellen Uniformen, hatten die Höhen verlassen, und jetzt hatte die Ebene zwischen uns und ihnen, die klein wie Insekten erschienen. Ein Amelienhausen in Aufrubr. Rauchwolken zogen über das Schlachtfeld. Zerissen diese Wolken ab und zu, so erblickte man Soldaten, die in wildem Schreden flohen. Ein Strom von Frauen treibt sie so in die Flucht, und Scham und Mut führten sie wieder in den Bereich der Hügel zurück.

Ich konnte die Schreie der Verwundeten nicht hören, konnte ihr Blut nicht fließen sehen. Ich unterschied nur die Toten, die die Bataillone gleich schwarzen Punkten zurück ließen. Keugierig verfolgte ich die Bewegungen dieser Truppen, argerte mich über den Rauch, der mich gut der Hälfte des Schauspiel herabste und empfand eine Art egoistischen Vergnügens daran, mich in Sicherheit zu wissen, während die anderen starben.

Gegen neun Uhr erhielten wir den Befehl zum Vorgehen. Wir gingen im Laufschritt den Hügel hinunter und näherten uns dem Zentrum, das sich zurückzog. Der Rhythmus unserer Schritte erschien mir ein Tauermarsch. Selbst die Tapfersten unter uns leuchteten bleich und mit verzerrten Zügen. (Fortsetzung folgt.)

